

## A n t w o r t

des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Schellhammer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
– Drucksache 18/388 –

### Rechtsextreme Gewalt: Fallzahlen bei der Beratungsstelle m\*power

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/388** – vom 23. Juni 2021 hat folgenden Wortlaut:

Laut dem Verfassungsschutzbericht 2020, der am 15. Juni veröffentlicht wurde, ist die Zahl der rechtsextremen Straftaten und vor allem Gewalttaten stark gestiegen. Dort heißt es: Die Corona-Pandemie hat die Gefahr durch Rechtsextremismus verschärft. Die Beratungsstelle „m\*power – Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ bietet Menschen in Rheinland-Pfalz, die von rechter Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, einen sicheren Raum, in dem sie sich über das Erlebte austauschen können und bei Bedarf Hilfestellung für die Bewältigung dieser Erlebnisse erhalten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wurden im Jahr 2020 von m\*power beraten?
2. Betroffene welcher Formen von Gewalt und Bedrohungen wurden im Jahr 2020 von m\*power beraten? Sind Schwerpunkte erkennbar?
3. Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie auf die Arbeit der m\*power-Beratungsstelle?
4. Welche präventiven Maßnahmen (insbesondere in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft) ergreift die Landesregierung, um rechter Gewalt vorzubeugen?

Das **Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Juli 2021 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die m\*power Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz berät und unterstützt Menschen, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen sind. Neben körperlichen Angriffen können dies auch Bedrohungen, verbale Übergriffe, Sachbeschädigungen und Beleidigungen sein. Dabei wird ein breiter, auch psychische Angriffe umfassender Gewaltbegriff zugrunde gelegt. Um die Breite von Formen der Angriffe umfassend zu beschreiben, wird im Folgenden der Begriff Vorfälle verwendet. Im Jahr 2020 wurden durch die Beraterinnen und Berater 109 Beratungen durchgeführt. Diesen Beratungsfällen können mehrere Vorfälle gegen Betroffene zugrunde liegen. In einigen Fällen umfasst eine solche Beratung mehrere Beratungsnehmende (Familien oder Gruppen).

In 28 der 109 Beratungsfälle im Jahr 2020 entschieden sich die Betroffenen gegen eine Anzeige des Vorfalls.

Zu Frage 2:

Rechte Gewalt trifft verschiedene soziale Gruppen. Menschen werden beispielsweise aufgrund ihres Erscheinungsbilds, ihrer zugeschriebenen Herkunft, der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität oder ihrer politischen Einstellungen und ihres zivilgesellschaftlichen Engagements angefeindet. Auch Repräsentant\*innen des demokratischen Rechtsstaats werden zum Ziel rechter Gewalt.

Im Jahr 2020 lagen 50 der 109 Beratungsfällen rassistische Tatmotive zugrunde. Vermehrt wurde zu Übergriffen im engen Sozialraum wie beispielsweise der Nachbarschaft beraten. In 18 Fällen waren Personen aufgrund ihres politischen Engagements für Demokratie, Gleichberechtigung oder gegen Rechtsextremismus betroffen. In fünf Fällen wendeten sich Betroffene aufgrund antisemitischer Vorfälle an die Beratungsstelle. Entsprechend der vielfältigen Feindbilder rechtsextremer Ideologien sind in vielen Fällen mehrere Tatmotive gleichzeitig prägend für die Tat.

Zu Frage 3:

Der Schwerpunkt der Beratungsstelle m\*power ist die aufsuchende Arbeit für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz. Handlungsleitend für die Beratungsarbeit ist das Ziel, Betroffene bei der Bewältigung ihrer Erlebnisse und in der (Rück-)Gewinnung ihrer Handlungsfähigkeit zu begleiten und zu bestärken.

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen wurde die digitale Kommunikation intensiviert und durch die Beratung via Videochat erweitert. Nach einem ersten Einbruch der Beratungsanfragen im März und April 2020 stieg die Zahl wieder an und lag im Sommer und Herbst 2020 über dem Vorjahresniveau.

Betroffene von Gewalterfahrungen und Bedrohungssituationen befinden sich häufig in einer psychischen Ausnahmesituation. Die Folgen der Corona-Pandemie führten in Einzelfällen, durch Ängste vor einer Infizierung oder Weitergabe des Virus und Isolation, zu einer weiteren Verschlechterung der individuellen psychosozialen Integrität.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung ergreift unterschiedliche Maßnahmen, um rechter Gewalt vorzubeugen, solche, die generalpräventiv Ideologien der Ungleichwertigkeit entgegenwirken, und jene, die sich spezifisch mit extrem rechten Phänomenen und rechter Gewalt beschäftigen.

In Rheinland-Pfalz gibt es Netzwerke und Projekte, die rechtsextreme Entwicklungen im Land im Blick haben, Wege zum Ausstieg und zur Distanzierung eröffnen oder im Umgang mit extrem rechten und menschenfeindlichen Argumentationen und Strategien schulen, die zivilgesellschaftlich verortet sind oder eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen kooperieren.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration sind folgende Maßnahmen angesiedelt:

Die Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben!“ beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) bündelt als Demokratiezentrum einen Großteil dieser Projekte und Netzwerke. Die Maßnahmen der Arbeit gegen Rechtsextremismus umfassen sowohl den Bereich der Intervention als auch den Bereich der Prävention. Im Demokratiezentrum werden folgende Projekte koordiniert:

- Das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“ setzt sich aus über 50 Vertreterinnen und Vertretern staatlicher und nicht staatlicher Institutionen und Verbände sowie zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure zusammen. Im Netzwerk findet ein kontinuierlicher Austausch über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremen Szene, aktuelle Themen, Aktivitäten und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit statt.
- Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wird durch die Landeskoordinierungsstelle kontinuierlich begleitet und vernetzt. In ihrer Arbeit beraten und unterstützen neun, bei zivilgesellschaftlichen Trägern angesiedelte, mobile Beraterinnen und Berater (Beratungsknoten) alle, die mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind und sich dagegen wenden möchten. Gemeinsam werden fallspezifisch individuelle Handlungsoptionen entwickelt. Die Beratung erfolgt vertraulich, das Angebot ist aufsuchend und kostenfrei.
- Das Programm „(R)Auswege“ ist ein Aussteigerprogramm für junge Menschen, die sich aus der rechtsextremen Szene lösen wollen. Für die erste Kontaktaufnahme ist eine kostenfreie anonyme Telefon-Hotline installiert.
- „RÜCKwege“ – Ausstiegs- und Distanzierungsberatung ist mit seinem Angebot eine Ergänzung zum Aussteigerprogramm „(R)Auswege“ zum Dialog mit jungen Menschen, die auf der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen, die latent oder offen rechtsextremistisch orientiert sind. Rückwege bietet Einzelfallhilfe, Gruppenangebote und Informationsveranstaltungen für Fachkräfte, Eltern oder die jungen Menschen, die mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Kontakt stehen oder sich nicht sicher sind, ob der oder die betreffende Jugendliche dieser Gruppe angehört.
- Die „Elterninitiative gegen Rechts“ unterstützt und berät Eltern, deren Kinder sich an rechtsextremer Ideologie orientieren und in den Einflussbereich rechtsextremistischer Gruppierungen geraten sind.

Die Landesregierung hat unter Beteiligung der kommunalen Ebene sowie wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen einen Aktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erstellt und beschlossen. Er ist generalpräventiv und merkmalsübergreifend angelegt.

Mit dem Landesaktionsplan werden drei Leitziele verfolgt:

- Die Gleichwertigkeit aller Menschen als gelebte Kultur in Rheinland-Pfalz.
- Die Verankerung des Diskriminierungsschutzes in allen Lebensbereichen.
- Die Gewährleistung eines gewaltfreien Lebens für alle Menschen in Rheinland-Pfalz.

Als erste Maßnahme des Landesaktionsplans hat die m\*power Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle Rheinland-Pfalz am 1. September 2020 ihre Arbeit aufgenommen.

Die Leitstelle „Kriminalprävention“ im Ministerium des Innern und für Sport initiiert eigene Kampagnen und Projekte gegen (Rechts-)Extremismus, die mit Kooperationspartnern vor Ort in den Kommunen umgesetzt werden. Beispielhaft seien an dieser Stelle folgende Initiativen genannt:

- Kinoseminare „Die Lügen der Nazis“: Angebot für Schulen im Rahmen dessen pädagogisch begleitet und aufbereitet sogenannte Vorbehaltsfilme (originale Propagandafilme aus der NS-Zeit) gezeigt und diskutiert werden. Kooperationspartner sind das Bildungsministerium, das Institut für Kino und Filmkultur und die Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung.
- Theaterseminare: Angebot für Schulen, welches durch den erlebnisorientierten Zugang sowie umfangreiche pädagogische Nachbehandlungen zur Wertevermittlung beiträgt. Kooperationspartner sind das Bildungsministerium und das Chawwerusch-Theater Herxheim.
- Für ein Buntes Miteinander – Gegen Rassismus und Diskriminierung: Kampagne für mehr Toleranz und gegen Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art im Sport. Neben Schulungen für Multiplikator\*innen zu ausgewählten Aspekten aus dem Phänomenbereich wird vor allen Dingen durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie Stadiondurchsagen, Artikel, Internetbeiträge versucht, zum Thema Rassismus und Diskriminierung zu sensibilisieren und so Fehlentwicklungen vorzubeugen. Kooperationspartner sind die rheinland-pfälzischen Sportbünde und Sportvereine.
- Qualifizierung zur Fachkraft (Rechts-)Extremismusprävention: In der mehrmoduligen Ausbildungsreihe werden Ursachen, Ausprägungsformen und Präventionsansätze rechter und antisemitischer Gewalt vertiefend behandelt. Kooperationspartner sind die Fridjof-Nansen-Akademie im Weiterbildungszentrum Ingelheim und der Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz.

Darüber hinaus gewährt die Leitstelle „Kriminalprävention“ im Rahmen ihrer Haushaltsmittel finanzielle Zuwendungen für kriminalpräventive Projekte. Für den Bereich der (Rechts-)Extremismusprävention stehen insgesamt Haushaltstitel mit einem Volumen von 150 000,00 Euro p. a. zur Verfügung.

Die beim Verfassungsschutz eingerichtete „Präventionsagentur gegen Extremismus“ informiert seit ihrer Gründung im Jahr 2008 unter dem Motto Prävention durch Information die Zivilgesellschaft mit Schwerpunkt über den Rechtsextremismus, so über seine Erscheinungsformen und die grundlegenden Entwicklungen in diesem Phänomenbereich. Zudem unterstützt die Präventionsagentur zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die Polizei beteiligt sich an Präventionsveranstaltungen und Projekten kommunaler und zivilgesellschaftlicher Institutionen und Einrichtungen zur Thematik Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit vorwiegend in Form von Aufklärung, Information und Sensibilisierung. Sie wirkt dabei seit Jahren z. B. an Veranstaltungen im Rahmen des Präventionskonzepts „Prävention im Team“ und arbeitet im Projekt „Kompetenznetzwerk Demokratie leben!“ des „Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“ mit. Die Polizeipräsidien organisieren darüber hinaus in enger Kooperation mit weiterführenden Schulen Vortragsveranstaltungen zur Prävention rechtsmotivierter Gewalt.

Demokratieförderung ist immer Präventionsarbeit gegen rechte Gewalt. Die Landesregierung fördert über die beschriebenen Projekte hinaus in unterschiedlichen Kontexten Projekte und Initiativen, die demokratische Einstellungen fördern und gegenüber menschenfeindlichem, autoritärem Gedankengut sensibilisieren u.a. die kommunalen Partnerschaften für Demokratie, das Netzwerk für Demokratie und Courage oder die Stärkenberatung der NaturFreunde Rheinland-Pfalz.

Katharina Binz  
Staatsministerin